

was tun



„Eine Landesbürgschaft kommt nicht in Frage“!

Sicherlich wird Ministerpräsident Clement ein paar warme Worte für uns übrig haben. Vielleicht ist die Westdeutsche Landesbank jetzt auch wirklich bereit, Kredite zu gewähren. Doch gleichzeitig “wiederholte ein Sprecher des Wirtschaftsministeriums eine frühere Erklärung seines Ministers: ‘Eine Landesbürgschaft kommt nicht in Frage’” (*Handelsblatt*, 1. Juli 2002). Wie ist diese Wackelpartie erklärbar? Was veranlaßte die WestLB, mit den anderen Hausbanken den internen Kredit der HDW an Babcock zurückzufordern? Weshalb gab die WestLB (Neuber) der Preussag und der Babcock (Lederer) ihren Segen zum Verkauf der HDW-Anteile an die One Equity Partners? Welche wirtschaftlichen Interessen leiten die sozialdemokratische Westdeutsche Landesbank?

WestLB AG:

„Erhöhung der Eigenkapitalrentabilität auf 18%“

Ein Blick auf die homepage der WestLB genügt, um zu wissen, wohin der Zug geht. Nach dem Konflikt mit der EU-Kommission hat sich die WestLB eine neue Struktur gegeben. Sie teilt sich zum 1. September in einen weiterhin öffentlich-rechtlichen Bereich (die Mutter) und in eine WestLB Aktiengesellschaft (die Tochter). Zu der neuen WestLB AG gehören auch alle (Industrie)Beteiligungen wie z.B. Babcock Borsig. Nach welchen Kriterien die neue WestLB AG wirtschaftet, darüber heißt es in der Veröffentlichung *Die WestLB der Zukunft*:

“Mit der Mutter-Tochter-Struktur schafft die WestLB gleichzeitig die Bedingungen für eine rentabilitätsorientierte Neufokussierung ihres Geschäfts. Die Umsetzung klarer betriebswirtschaftlicher Zielvorgaben ist zentrale Voraussetzung für ein wettbewerbsfähiges Rating. Die betriebswirtschaftlichen Ziele bis zum Jahr 2004 sind daher klar und eindeutig definiert:

- _ Erhöhung der Eigenkapitalrentabilität auf 18%
- _ Reduzierung der Aufwands/Ertrags-Relation auf 65%
- _ Steigerung der Kernkapitalquote auf 6,5%

Vor diesem Hintergrund wird die Bank ihr Geschäft in den nächsten Jahren noch stärker nach Rentabilitätsgesichtspunkten ausrichten. Ertragsstarke und zukunftssträchtige Geschäftsfelder wird die WestLB AG konsequent ausbauen, zusätzliches Eigenkapital gezielt in diese Bereiche investieren. Künftige Geschäftsschwerpunkte sind insbesondere: Strukturierte Finanzierungen, Asset Backed-Transaktionen, Equity Investments.”
S 38

Weiter heisst es auf S. 41:

“Die Fokussierung auf Kernkompetenzen geht einher mit einem straffen Kostenmanagement. In diesem Zusammenhang wird sich die Bank auch aus einigen Bereichen zurückziehen, beispielsweise dem inländischen Private Banking-Geschäft. Hier sind für eine Wholesalebank nur eng begrenzte Expansionsspielräume vorhanden. Konzentration auf ertragssteigernde Geschäftsfelder und Kostenreduktion als Teil einer systematischen Kennziffernsteuerung: Entlang dieser beiden zentralen Linien wird die WestLB AG ihre Anstrengungen ausrichten, um auch nach der Abschaffung der Haftungsinstitute ab dem Jahr 2005 ein wettbewerbsfähiges Rating zu erzielen”.

Die WestLB AG ist wie jede andere kapitalistische Bank knallharten Profitinteressen verpflichtet. Deshalb steht die Regierung Clement (bis zur Bundestagswahl) in einem gewissen Widerspruch:

Einerseits stehen für die Regierung Clement und ihre Landesbank die wirtschaftlichen Interessen im Vordergrund. Das erklärt die Sprüche aus dem Wirtschaftsministerium.

Andererseits will die SPD die Bundestagswahl im September gewinnen. Sie will nicht in der Öffentlichkeit als “unsozial” darstehen, wenn es um die Arbeitsplätze bei Babcock geht.

Wir müssen bis zur Bundestagswahl ununterbrochen Druck für unsere Arbeitsplätze aufbauen!

Ein Besuch beim Landtag reicht nicht. Er muss der Auftakt zu einer Kette von Aktionen sein!

Auch wenn sich daran nicht Tausende beteiligen:

Alle Aktionen, die dem Erhalt unserer Arbeitsplätze dienen, sind sinnvoll!

Oberhausen, 4. Juli, 16 h, Luise-Albertz-Halle

Schröder kommt – wir auch!

Am Donnerstag, den 4. Juli, 16 h, kommt Bundeskanzler Schröder zu einer kommunalpolitischen Konferenz des SPD-ParteiVorstands in die Oberhausener Luise-Albertz-Halle. Dabei ist die ganze SPD-Politprominenz z.B. SPD-Generalsekretär Müntefering, NRW-Arbeitsminister Schartau usw.

Eine hervorragende Gelegenheit für unsere Arbeitsplätze und für eine Landesbürgerschaft zu demonstrieren!

Bisher sind die SPD-Betriebsratsspitze und die SPD-Ortsführung der IG Metall nicht an einer Kundgebung interessiert. Damit es dafür nicht zu spät ist, hat die *was tun* bei Babcock am 1. Juli bei der Polizei eine Kundgebung vor der Luise-Albertz-Halle angemeldet. Aus dem Antragsschreiben: "Ziel ist es, den Beschäftigten von Babcock die Möglichkeit zu geben, für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze zu demonstrieren. Im Falle der Anmeldung einer Demonstration und/oder Kundgebung eines der Babcock-Betriebsratsgremien oder der IG Metall am gleichen Ort, werden wir ausdrücklich auf unsere Kundgebung verzichten".

Macht den Betriebsräten und der IG Metall Druck, dass sie zu Schröder mobilisieren!

27. JULI – 2. AUGUST 2002 IN FRANKREICH:

19. Internationales Sozialistisches Sommercamp



Das diesjährige internationale Sommercamp wird von Jugendlichen der IV. Internationale in Südfrankreich organisiert. Es steht unter dem Motto: „Kriegstreibend und profitgierig, dies ist nicht unsere Globalisierung! Schaffen wir eine andere Welt!“

Das Sommercamp bietet die Gelegenheit, sich aus erster Hand zu informieren. Die Riesendemo von Barcelona gegen die Globalisierung, der Generalstreik in Italien, die Bewegung gegen Le Pen in Frankreich, der Metallstreik in der BRD – eine Woche lang werden über 500 Jugendliche aus ganz Europa diskutieren, Erfahrungen austauschen und viel Neues kennen lernen. Aber auch der Spaß wird dabei nicht zu kurz kommen. Fremdsprachen? Kein Problem, denn für Übersetzung ist gesorgt. Das Camp ist von den TeilnehmerInnen selbst organisiert. Übernachtet wird in Zelten. Der Preis beträgt 127 Euro. Darin ist ein Solibeitrag für Jugendliche aus ärmeren Ländern enthalten. Denn das Camp ist ein Ort gelebter Solidarität!

Infos, Anmeldung und Mitfahrgelegenheit unter RSB-Büro oder sommercamp@rsb4.de

Wer ist und was will der RSB?

Der *Revolutionär Sozialistische Bund* (RSB) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert der RSB alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Er unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Er setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Er fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel des RSB ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt seiner Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen.